

FEUILLETON

Wenn das Stadttheater über die Wupper geht

Struktur zerschlagen: In Wuppertal hat der neue Intendant das Opernensemble aufgelöst

STEFAN KEIM

Wuppertal im Umbruch: Der neue Opernintendant Toshiyuki Kamioka hat alle Sänger, Dramaturgen, Theaterpädagogen entlassen. Die Zukunft plant er mit Freiberuflern und einem Spielplan nach dem Stagione-Prinzip: Eine Oper hat Premiere, wird ein paar Mal gespielt und abgesetzt. In einer ähnlichen Struktur wird in Belgien und den Niederlanden erfolgreich Musiktheater gemacht. Taugt sie auch für das deutsche Stadttheater?

Wuppertal hat eine Besonderheit, das Tanztheater Pina Bausch. Zwei Monate in jeder Spielzeit belegt es das Opernhaus. In dieser Zeit sind keine anderen Aufführungen möglich. Da einige Sänger nicht das ganze Jahr über in Wuppertal Arbeit hatten, gibt es seit Längerem Teilspielzeitverträge. Die haben für den Sänger den Vorteil, dass er sozial abgesichert ist, eine künstlerische Heimat hat und gleichzeitig die Möglichkeit, anderswo zu gastieren. So konnte Wuppertal Sänger an sich binden, die sonst nicht mehr zu halten gewesen wären.

Die Planung einer Spielzeit war bisher eine komplexe Sache. Die Möglichkeiten des Ensembles bestimmten mit, welche Stücke gespielt wurden. Wenn das wegfällt, weil nur noch Freiberufler engagiert werden, kann ein Theater aus dem Vollen schöpfen. Wie es zum Beispiel die Opern in Brüssel und Amsterdam tun. Wenn eine Barockoper ansteht, werden Spezialisten für Alte Musik geholt, eine russische Oper kann weitgehend mit osteuropäischen Sängern besetzt werden. Das führt in den einzelnen Vorstellungen oft zu einem sehr hohen musikalischen Niveau.

Es ist also keinesfalls verwerflich zu überlegen, ob so eine Struktur nicht auch in Deutschland funktionieren könnte. Zumal die Ensembles an den meisten großen Häusern kaum noch erkennbar sind. Gäste dominieren auch dort die jeweiligen Besetzungslisten.



Schluss mit Händel: „Alcina“ war die letzte Premiere der alten Intendanz

Bei kleineren und mittleren Musiktheatern liegt die Sache allerdings anders. In Dortmund, Hagen, Gelsenkirchen und bisher auch Wuppertal läuft ein großer Teil der Publikumsbindung über die Identifikation mit dem eigenen Ensemble. Als Wuppertal einmal mit dem Musiktheater im Revier Gelsenkirchen zum Schiller-Theater NRW fusionierte, brachen die Zuschauerzahlen ein. Das Publikum hatte nicht mehr den Eindruck, „sein Ensemble“ stünde da auf der Bühne. Die Fusion wurde zurückgenommen.

Toshiyuki Kamioka und sein Stellvertreter Joachim Arnold präsentieren in ihrer ersten Spielzeit ein Programm, das fast ausschließlich aus sicheren Nummern besteht. „Tosca“, „Don Giovanni“, „Parsifal“, „Salome“ und eine szenische Aufführung der „Johannes-Passion“. Dieser Spielplan könnte ebenso 1962 in Braunschweig wie 1977 in Augsburg wie 2014 in Wuppertal laufen. Die Regisseure sind Routiniers. Aufregend klingt da nichts. Sparen steht im Vordergrund, der Etat wurde gekürzt, Wuppertal ist pleite, man rettet sich über die Runden.

Gut, könnte man denken, wenn die Stadt kein Geld mehr hat, kann sie froh sein, dass überhaupt noch Oper gespielt wird. Doch in die Zukunft führt diese These nicht. In Wuppertal hatte eine Rarität wie Martinus „Griechische Passion“ ähnliche Zuschauerzahlen wie eine Wagner-Oper. Uraufführungen und Ausgrabungen wie Fortners „Bluthochzeit“ erzielten immer wieder überregionale Aufmerksamkeit. Und kaum jemand hat so konsequent wie der scheidende Intendant Johannes Weigand Migranten angesprochen und das Musiktheater geöffnet.

Joachim Arnold legt Wert darauf, dass alle Produktionen in Wuppertal entstehen und – weil ja kein Stück parallel gespielt wird – zwei Wochen in Originaldekoration auf der großen Bühne geprobt werden können. Da wirkt es allerdings seltsam, dass die Eröffnungsinszenierung der „Tosca“ von Stefano Poda schon 2012 in Klagenfurt herauskam.

Überhaupt wurde im Vorfeld der Spielplanpressekonferenz gelogen, was das Zeug hält. Die Stadt dementierte mehrmals, dass Kamioka ohne Ensemble arbeiten werde. Genau das tut er nun. Während Kamioka und Arnold allen Ernstes auf einen Pianisten und zwei Damen für Pressearbeit, Marketing und Education verweisen: „Die sind doch auch irgendwie Ensemble.“

In Wuppertal geht es also nicht um ein Stadttheater neuen, schlankeren Typs. Hier wird vielmehr eine Struktur ausgehöhlt, ohne eine neue zu schaffen. Da könnte auch alle paar Wochen eine billige, osteuropäische Tourneebühne vorbeikommen. Einigermaßen Musik machen können die ja auch. Nur mit Stadttheater hat das nichts mehr zu tun.



Nie verwies er auf sein eigenes Leiden: Blick in die Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“

Als die Mörder noch unter uns waren

Ohne Fritz Bauer hätte es den Auschwitz-Prozess nicht gegeben. Eine Frankfurter Ausstellung ehrt den vergessenen Juristen

JAN SCHAPIRA

Nichts weiter als eine Behauptung war die Stunde Null. Einen Neuanfang hat es nach der NS-Zeit in Deutschland nie gegeben. Niemand wusste das so gut wie der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Der formulierte es so: „Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich Feindesland.“ Man kann sich das vorstellen. Die allermeisten Richter, Anwälte und Ankläger, die in der Zeit des Nationalsozialismus tätig gewesen waren, behielten ihre Ämter auch in der Nachkriegszeit. Ein Staatsanwalt wie Bauer, der Völkermord und Verbrechen nicht auf sich beruhen ließ, konnte da nur stören: Der deutsche Justizapparat zeigte naturgegeben keinen Eifer darin, Taten zu ahnden, die von 17 Millionen Deutschen in der Wehrmacht, von 700.000 in SS und Waffen-SS, von vier Millionen SA-Angehörigen und von 8,5 Millionen NSDAP-Mitgliedern begangen worden waren.

Dass es im autoritären und obrigkeitshörigen Deutschland der Nachkriegszeit überhaupt eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gab, dass einigen wenigen Tätern wie Adolf Eichmann der Prozess gemacht wurde, dass Auschwitz zur Chiffre für den Mord an Millionen Menschen wurde, dass Claus Schenk Graf von Stauffenberg nicht weiter als Landesverräter diffamiert werden durfte – kaum einer hat an der Erziehung der Deutschen zu humanistischen Werten solch großen persönlichen Anteil gehabt wie Fritz Bauer.

Das Jüdische Museum Frankfurt ehrt ihn jetzt mit einer Ausstellung. Nicht nur als unermüdlichen und geschickten Straf-

verfolger. Das war er auch. Vor allem zeigt die Schau Fritz Bauer als politisch denkenden Menschen, der 1949 nach zwölf Jahren Exil ins kriegszerstörte Deutschland zurückkehrte. Der Mann, der als Jude, Sozialdemokrat und unbeugsamer Richter von den Nazis verfolgt worden war, wollte beim demokratischen Wiederaufbau des Landes mithelfen.

Mit dem Prozess gegen Otto Ernst Remer gelang Bauer sein erster großer Coup als Generalstaatsanwalt. Remer hatte als Major nach dem Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 die Niederschlagung des Widerstandes in Berlin geleitet, war nach dem Krieg Vorstandsmitglied der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei. Im niedersächsischen Wahlkampf 1951 bezeichnete Remer den von den Nazis hingerichteten Stauffenberg öffentlich als vom Ausland bezahlten „Landesverräter“. Damit vertrat Remer keine Einzelmeinung, er wusste sich einig mit dem Landgericht München, das in einem Urteil den Widerstand des 20. Juli als „Verrat“ bewertet hatte.

Bauer verklagte Remer dennoch auf „üble Nachrede“. Er wollte so beweisen, dass es sich bei der Bezeichnung als „Landesverräter“ nicht nur um eine Beleidigung handelte, sondern um eine Unwahrheit. Vorrangiges Prozessziel Bauers war also nicht die Verurteilung Remers – dieser erhielt letztlich eine Gefängnisstrafe von drei Monaten – sondern die Rehabilitierung des vielfach geschmähten Widerstands gegen Hitler.

In seinem Plädoyer argumentierte Bauer, dass die Angehörigen des Widerstandskreises 20. Juli ihren soldatischen Eid auf Hitler überhaupt nicht brechen konnten. Denn ein solcher Eid auf eine einzelne Person sei an sich unzulässig ge-

wesen. „Unbedingten Gehorsam“ könne es nur gegenüber höheren Werten geben, mithin Gott, dem Gesetz oder dem Vaterland. Später sprach Bauer immer wieder von der Pflicht des Einzelnen, sich zu verweigern: Nein zu sagen zu Befehlen gegen die Menschlichkeit, Nein zu sagen zu unmoralischen Autoritäten. Bauers moralischer Imperativ der Verweigerung lag konträr zur weitverbreiteten Verteidigungsstrategie vieler Nazis, lediglich Befehle befolgt zu haben.

Der Fall Remer leitete in der Bewertung des 20. Juli eine Wende ein. Und Bauer bewies mit seiner Stauffenberg-Verteidigung politisches Geschick: Er setzte sich nicht für die Rehabilitierung von diffamierten linken Widerständlern ein – etwa der Roten Kapelle – die ihm als Sozialdemokraten politisch wohl näher gestanden hätten. Ebenso versuchte Bauer, seine eigene Herkunft aus einer jüdischen Familie vergessen zu machen, um den antisemitischen Klischees der Nachkriegszeit vom jüdischen Rächer keine Nahrung zu geben. Nie verwies er auf sein eigenes Leiden 1933, während der acht Monate im Konzentrationslager. Den adligen, konservativen Offizier Stauffenberg präsentierte Bauer der deutschen Öffentlichkeit als rechtschaffenen Widerstandskämpfer entgegen seinen eigenen privaten Vorbehalten: In einem Brief schrieb er damals einem Freund, Stauffenberg habe den Anschlag auf Hitler 1944 „nicht aus einem ethischen oder politischen Antinazismus“ heraus verübt, sondern angesichts der Erkenntnis, „dass Hitler den Krieg verliert“.

Bauer war alles andere als ein politischer Traumtänzer. Als er von dem Aufenthaltsort von Adolf Eichmann in Argentinien erfuhr, behielt er diese Infor-

mation für sich. Er wusste, dass die Einbeziehung der deutschen Behörden eine Verhaftung Eichmanns unmöglich machen würde. Zu oft hatte der Frankfurter Generalstaatsanwalt erlebt, wie flüchtige Nazis durch alte Kameraden innerhalb des deutschen Strafverfolgungsapparats gewarnt wurden. Stattdessen wandte sich Bauer mit der brisanten Information an den israelischen Geheimdienst. In Deutschland war nur ein SPD-Parteigenosse eingeweiht: der damalige hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn. Dass der epochenmachende Prozess in Jerusalem gegen Eichmann, den Organisator des Massenmordes an den Juden, letztlich auf einen Tipp von Fritz Bauer zurückging, erfuhr die Öffentlichkeit erst nach Bauers Tod 1968.

Die Gerichtsverhandlungen zur NS-Zeit in Deutschland sollten einer neuen politischen Gegenwart den Weg bahnen. Wie mit dem Remer-Prozess wollte Bauer auch mit dem Auschwitz-Prozess einen Wertewandel in der Gesellschaft anstoßen: „Der Prozess soll der Welt zeigen, dass ein neues Deutschland, eine deutsche Demokratie, gewillt ist, die Würde eines jeden Menschen zu wahren.“

Der Auschwitz-Prozess, der am 12. Juli 1961 in Frankfurt begann, wurde der größte Prozess in der Geschichte der deutschen Strafjustiz. Zwanzig Monate dauerten die Verhandlungen selbst. 700 Seiten umfasste die Klagschrift. 250 Zeugen wurden im Prozessverlauf gehört. 22 Personen angeklagt. Bei der Auswahl der Angeklagten achtete Bauer darauf, dass sie einen Querschnitt der Lagerhierarchie abbildeten, dass es sich um hohe und um niedrige Dienstgrade handelte.

Denn jeder, der in Auschwitz Dienst getan habe, argumentierte Bauer, habe sich der Mittäterschaft schuldig gemacht. Noch die Person in der Kleiderausgabe habe sich, als Rädchen im Getriebe, am Massenmord beteiligt. Nur durch das arbeitsteilige Zusammenwirken der vielen, einzelnen SS-Leute habe Auschwitz als Tötungsmaschinerie funktionieren können. Der Nachweis einer individuellen Motivation zum Mord müsse deshalb nicht für jeden einzelnen Beklagten erbracht werden. Das Frankfurter Gericht folgte Bauers Argumentation nicht. Sie verurteilte die Täter im Sinne des Strafbuchgesetzes als normale Kriminelle: Jedem einzelnen SS-Mann mussten individuell Tat und Tatvorsatz nachgewiesen werden. Selbst der stellvertretende Lagerkommandant Robert Mulka, der vor Gericht behauptete, nichts von den Gaskammern gewusst zu haben, wurde so nur wegen Beihilfe zum Mord verurteilt.

Als Fritz Bauers „Hauptwerk“ bezeichnete sein Biograf Ronen Steinke den Auschwitz-Prozess. Dabei war Bauer selbst von der öffentlichen Resonanz auf die in den Verhandlungen geschilderten Grausamkeiten enttäuscht. „Minimal“ sei der „erzieherische Effekt“ gewesen, sagte Bauer. Tatsächlich sprachen sich in einer damaligen Umfrage 63 Prozent aller Männer und 76 Prozent aller Frauen dafür aus, NS-Verbrechen nicht weiter zu verfolgen. Trotzdem bedeutete der Auschwitz-Prozess eine Zäsur. Erstmals waren die Deutschen gezwungen, in die Maschinerie des Grauens zu blicken.

Bis zum 7. September

So nimm denn meine Hände und führe mich bis an mein selig Ende und ewiglich!

Prof. Dr. oec. Herwarth Westerfelhaus

Träger des Bundesverdienstkreuzes der BRD 1. Klasse

* 13. April 1922 † 27. April 2014

Klaus Honsel
Dr. Jan und Susanne Honsel und Familie
Dr. Ingeborg und Dr. Bernhard von Schubert und Familie

Die Beerdigung hat im engen Kreis stattgefunden.

Conrad Schormann Bestattungen · Oberntorwall 12 B · 33602 Bielefeld

Wir trauern um unseren Sozietätsgründer und Senior

Prof. Dr. oec. Herwarth Westerfelhaus

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Träger des Bundesverdienstkreuzes der BRD 1. Klasse

* 13. April 1922, † 27. April 2014

Er war Mentor, freundschaftlicher Ratgeber und verlässlicher Partner zugleich.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Gerd-Henning Sandleben
Bernd Jelen
Jens-Uwe Göke
Werner Indiestel
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt

Gerd Sundermann
Michael Rogalski
Marcus Eggert
Klaus Müller
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt

Andreas Koch

Partner und Mitarbeiter der Sozietät
Prof. Dr. Westerfelhaus, Sandleben und Partner GbR
Bielefeld